

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XXV 97

Bonn, den 29. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Die selbst gewählte Isolierung der Opposition 69

Von Hans-Jürgen Wischniewski,
Bundesgeschäftsführer der SPD

2 Der historische Punkt 49

Ein Wort zur Bundestagsdebatte über die Deutschland-Politik

Von Fritz Säger

3 Das Ergebnis von Rom 50

Volle Unterstützung der Bundesregierung durch unsere Verbündeten

4 - 5 Mit Blick auf den 14. Juni 64

Die Rolle der C-Parteien - Ein notwendiges Nachwort zur
Miet- und Wohnungsbaumarktdebatte im Bundestag

Von Dr. Karl Ahrens, MdB

AN H A N G

1 - 2 Bücher von heute sind die Taten von morgen 101

Zur Jahrestagung der Gruppe Sozialistischer Verleger, Buchhändler
und Bibliothekare

Von Wolfgang Tschechne

Die selbst gewählte Isolierung der Opposition

Von Hans-Jürgen Wischniewski,
Bundesgeschäftsführer der SPD

Wohin treibt die CDU? Wohin will sie die Bundesrepublik treiben? Diese Frage stellt sich nach dem mißglückten Großangriff der Unionsparteien auf die Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Bundeskanzler Willy Brandt hat mehr als einmal betont, daß er es für eine gute Sache hielte, nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im Parlament über die Regierungsparteien hinaus, eine breite Zustimmung für seine Strategie des Friedens zu finden. Wo diese Unterstützung nicht zu gewinnen sei, müsse der als richtig erkannte Weg notfalls auch von einer knappen Mehrheit gegangen werden.

Die Unionsparteien versuchen seit Monaten, die Deutschlandpolitik des Bundeskanzlers in Frage zu stellen, unter anderem dadurch, daß sie auf vermeintliche Vorbehalte unserer westlichen Verbündeten hinweisen. Meinungsäußerungen, die solche Vorbehalte in das Reich der Fabel verweisen, nimmt die CDU/CSU nicht zur Kenntnis. Bereits Mitte April hatte beispielsweise der amerikanische Außenminister Rogers in einem Fernsehinterview auf die Frage nach möglichen Vorbehalten der USA gegenüber Willy Brandts Ostpolitik unmißverständlich geantwortet: "Es gibt keine solchen Vorbehalte." Die US-Regierung halte es für "wünschenswert, realistische Gespräche mit dem Osten... zu führen, um zu sehen, ob ein Teil der Spannungen vermindert oder reduziert werden kann".

Am Mittwoch - also zur selben Zeit, als die Oppositionsparteien im Bundestag die Deutschlandpolitik der Bundesregierung attackierten - haben in Rom nun auch die Außen- und Verteidigungsminister der NATO Stellung bezogen. Aus dem Schlußkommunique geht - noch einmal unmißverständlich - hervor, daß sich die Allianz darin einig ist, welche wichtige und notwendige Rolle die Bundesregierung in den Bemühungen um Sicherheit und Frieden in Europa spielt. Die NATO-Minister versichern in Punkt 8 dieses Kommunique, daß die Bundesregierung mit "Unterstützung und Verständnis" der Verbündeten rechnen kann. Die Hal-

tung unserer westlichen Freunde, die für die Sicherheit der Bundesrepublik unentbehrlich sind, erschöpft sich also nicht in bloß passivem "Verständnis", sondern umfaßt auch aktive Unterstützung. Als "ermutigend" bezeichnet die Konferenz die Bemühungen der Bundesregierung, Sparungen zwischen Ost und West und zwischen den beiden Staaten in Deutschland abzubauen. Die Versuche, offene Probleme zu lösen, stellen nach Ansicht unserer NATO-Partner einen "wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" dar. Wer auch an dieser Aussage noch herumdeuteln will, dem muß völliges Unverständnis, wenn nicht gar böse Absicht unterstellt werden.

Noch einmal: Die Bundesregierung bemüht sich um eine breite Basis des Vertrauens. Sie hat die Einwände der Oppositionsparteien, auch wenn sie nicht immer zu Ende gedacht waren, ernsthaft geprüft. Sie wäre aber schlecht beraten, wenn sie sich nun von den notwendigen Entscheidungen abhalten ließe.

Eindeutig ist dies: Die Führung der parlamentarischen Opposition - die Herren Barzel und Strauß - treiben die Unionsparteien immer mehr in die Isolierung. Nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch unsere westlichen Bündnispartner - und darüber hinaus die große Mehrzahl der dritten Welt - unterstützen voll die Deutschlandpolitik Willy Brandts.

Den Unionsparteien kann die bittere Wahrheit nicht erspart werden: Für die Sicherheit der Bundesrepublik und den Erfolg einer konsequenten Friedenspolitik ist die Übereinstimmung der Bundesregierung mit unseren westlichen Verbündeten, die unsere Sicherheit garantieren, wichtiger als die Übereinstimmung mit einer Opposition, die sich noch nicht entschieden hat, ob sie blockieren oder konstruktiv mitarbeiten soll. Die NATO-Ministerratskonferenz ist ein weiterer Anlaß, den schwierigen, aber notwendigen Weg konsequent und beharrlich fortzusetzen.

+ + +

Der historische Punkt

Ein Wort zur Bundestagsdebatte über die Deutschland-Politik

Von Fritz Sänger

In der außenpolitischen Debatte, die am vergangenen Mittwoch, im Bundestag geführt wurde, schwelgte die Opposition der CDU/CSU in Phrasen, in Vermutungen und Emotionen und trug nicht einen einzigen Gedanken bei, der als Alternative hätte ausgebaut werden können. Es kam kein Vorschlag, wie denn und an welchem Punkte die Bundesregierung es anders machen könne als sie es in den begonnenen Gesprächen mit der DDR, mit Polen und mit der Sowjetunion bisher getan hat. Die an die Adresse der Regierung gerichteten Fragen waren das Zeugnis des Nicht-Könnens, das Zugaben, daß man nur die jahrzehntealten Beteuerungen zu wiederholen vermag, praktische Konsequenzen aber nach wie vor umgeht.

Das Nein der Opposition von heute ist ein anderes Nein als jenes, das die Sozialdemokraten der einseitigen und einsamen Entscheidung des damaligen Bundeskanzlers Adenauer entgegengesetzt haben und immer wiederholten. Jenes damalige Nein widersprach der Politik, die eine Trennwand zwischen Deutschen und ihren Nachbarn im Osten errichtete und auf eine Scheidung zwischen Deutschen und Deutschen herbeiführte. Die Sozialdemokraten wollten durch eine überbrückende politische Arbeit der europäischen Verständigung und Einheit den Weg ebnen und dies zusammen mit den westlichen Mächten für den Frieden in der Welt bewirken.

Die Reden die in dieser Bundestagsdebatte mit von den Oppositionssprechern beschwörender Eindringlichkeit und vor einem historisch erscheinenden Hintergrund gehalten wurden, enthielten u.a. die Behauptung, die Politik der heutigen Bundesregierung werde die jüngste Teilung Deutschlands bestätigen. Der wahrlich historische Augenblick der Bestätigung dieser durch eine verbrecherische Politik und dann durch einen Krieg provozierten und entstandenen Teilung steht aber nicht mehr bevor, er liegt hinter uns: Es war der Augenblick, in dem der damals amtierende Bundeskanzler Konrad Adenauer einen Teil Deutschlands der einen Machtgruppe anbot und zuführte und den anderen Teil des gleichen Deutschlands, das als Ganzes zu erhalten einst den Sozialdemokraten nach dem Ersten Weltkrieg gelungen war, der anderen Machtgruppe überließ. Die töhrenden Worte von künftiger deutscher Einheit konnten zu keiner Zeit und dürfen auch heute nicht über diese Tatsache hinwegtäuschen.

Das Reichskanzlers Otto von Bismarck nüchternes Wort, daß man Tatsachen nicht ändern, sie aber benutzen kann, gilt auch in dieser Sache. Das Bemühen, dem Nein der CDU/CSU eine Wohnstatt zu errichten, in dem es für längere Zeit leben kann, mußte zusammenfallen, wenn man der Tatsachen nachgeht. Es wird nicht das letzte Mal sein, daß wir der Versuch beobachten, die gefährliche Fehlkonstruktionen früherer Bundesregierungen immer wieder so darzustellen, als seien sie ein Konzept ausgewogener und allgemeiner deutscher Interessen gewesen. Mit dieser Vorbelastung hat es heute eine Bundesregierung zu tun, die versuchen muß und will, Tatsachen zu benutzen, um für Deutschland eine Zukunft zu sichern, in der die Deutschen nicht unter der ständigen Drohung eines dritten Weltkrieges, sondern mit **a l l e n** Nachbarn in Frieden leben.

Das Ergebnis von Rom

Volle Unterstützung der Bundesregierung durch unsere Verbündeten

L.N. - Die Frühjahrstagung des NATO-Ministerrates in Rom hat erneut gezeigt, wie die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im Atlantischen Bündnis verwurzelt ist. Selten haben die Vorstellungen einer Bundesregierung soviel Zustimmung bei ihren verbündeten Staaten gefunden wie in Rom und kaum jemals zuvor gingen so wesentliche Entscheidungen wie die, eine Konferenz zur beiderseitigen ausgewogenen Truppenreduzierung in Mitteleuropa vorzubereiten, auf deutsche Initiative zurück. Spektakulär, jedoch leider im negativen Sinne, waren nur die Vorschläge der früheren Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, eine von den USA möglichst weitgehend unabhängige europäische Streitmacht aufzubauen, und Kai-Uwe von Hassels, mit der MLS eine atomare Geisterflotte zu errichten. Beide Vorschläge hatten das gemeinsame Ziel, den deutschen Finger etwas dichter an den atomaren Abzugshaken zu bekommen, möglichst in einer solchen Position, die es ermöglicht, den amerikanischen Finger gleich mit durchzuziehen. Diese Taktik der Unionspolitiker führte zu verständlichem Mißtrauen in der Allianz und störte unser Verhältnis zu den USA, was vom fortgesetzten Mißtrauen gegenüber der Erfüllung der bestehenden amerikanischen Beistandspakte getragen war, und erbrachte schließlich die Gefahr der Isolierung der Bundesregierung innerhalb der westlichen Allianz.

Die Konferenz in Rom stellt demgegenüber eine neue Etappe dar. Die Außenpolitik der Bundesregierung Brandt/Scheel fand ihre uneingeschränkte Bestätigung durch unsere Verbündeten. Kommuniqués galten seit jeher als Prüfstein solcher Behauptungen. Doch die Aussage, und vielleicht noch mehr die Umstände ihrer Formulierungen, sind ein klarer Beweis dafür, inwieweit Formulierungen auch inhaltlich im Sinne des gewünschten Effekts wären. "Mit Unterstützung und Verständnis ihrer Verbündeten", so wurde ohne Diskussion ins Kommuniqué aufgenommen, "hat die Bundesrepublik Deutschland Gespräche mit der Sowjetunion, Polen und der DDR aufgenommen, um die Lage in Mitteleuropa zu verbessern."

Die Bündnispartner erachteten dies als ermutigend. Sie sind der Überzeugung, daß unsere Bemühungen um die Lösung der offenen Probleme sowie um einen Modus vivendi in Deutschland, der im besonderen der deutschen Lage Rechnung tragen soll, einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa darstelle. Was unsere weiteren Bemühungen anbetrifft, so sprachen alle Minister die Hoffnung aus, daß alle Regierungen, die zu einer Entspannung in Europa beizutragen wünschen, eine durch Verhandlungen zu erzielende Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands und die Entwicklung der Verbindungen der Bevölkerung nach Kräften erleichtern.

Auch der von der Oppositionsunion erst jüngst wieder vorgebrachte Zweifel, unsere Verbündeten könnten die Interventionsmaßnahmen der Sowjetunion aus früheren Zeiten im Falle einer Wiederholung dulden, wurde eindeutig widerlegt. Als Grundbedingung für eine weitere Entspannung, die nach einhelliger Auffassung nur möglich ist, wenn die angesagten Truppenreduzierungen und ein europäisches Sicherheitssystem erfolgreich abgeschlossen werden, wird klargestellt, daß auch das deutsche Volk das Recht haben muß, "sein Schicksal selbst zu bestimmen, ohne daß es von außen mit Interventionen oder Nötigung bedroht wird".

Mit Blick auf den 14. Juni

Die Rolle der C-Parteien - Ein notwendiges Nachwort zur
Miet- und Wohnungsbaumarktdebatte im Bundestag

Von Dr. Karl Ahrens, MdB

Mit harten Worten und den Blick unbeirrt auf den 14. Juni gerichtet, versuchten die Sprecher der Opposition aus der Lage am Bau- und Wohnungsmarkt parteipolitisches Kapital zu schlagen. Wie sehr es dabei der Opposition wirklich um die Sache ging, zeigte bereits ein Blick in den Plenarsaal, in dem zeitweise weniger als 10 Mitglieder der anfragenden Oppositionsfraktion saßen.

Es war ein eigenartiges Beginnen, daß ausgerechnet die Fraktion, die nichts getan hat, um im vergangenen Jahr die Konjunktur und damit die Preise im Zaume zu halten, die seinerzeit voreilig und auf der Grundlage unvollkommener Unterlagen den Wohnungsmarkt in die Marktwirtschaft überführt hatte, daß ausgerechnet diese Fraktion hoffte, Stimmen der Mieter und Eigenheimer einzufangen zu können. Es blieb denn auch beim Versuch, und zwar beim untauglichen.

In der gesamten Bundestagsdebatte war viel die Rede von Diskont, von Zinsen, - wobei zuweilen freilich offenblieb, welche Zinsen denn eigentlich gemeint waren. Aber die Herren der Opposition vermieden es peinlich, auf einen Kostenfaktor einzugehen, der ihnen offensichtlich nicht ins Konzept paßte: auf den Preis für Bauland, auf die Erhöhung der Baupreise und der Mieten durch die weiterhin ungehemmte Bodenspekulation!

Das war verständlich, denn die Opposition hat es 20 Jahre lang verhindert, auf dem Baulandmarkt zu einer Ordnung zu kommen und die Spekulation zu bremsen - spätestens mit der Aufhebung des Preisstops hätte es zu solchen Maßnahmen kommen müssen. Die Opposition als frühere Bundestagsmehrheit hat den Auftrag des Grundgesetzes nicht erfüllt, die Grenzen zwischen privater Nutzung und sozialer Bindung des Eigentums an Grund und Boden zu ziehen. Die Auswüchse auf dem Baulandmarkt beruhen nämlich gar nicht auf einem Mangel unserer Verfassung, auch nicht auf einer die hemmungslose Ausnutzung der Eigentümerposition stützenden Rechtsprechung, sondern einfach und allein auf einem Versagen des Gesetzgebers.

Die Folgen zeigen sich, wenn man sich einmal die einzelnen Fakto-

ren ansieht, aus denen sich die Baukosten zusammensetzen. Wir kennen die Werte für den öffentlich geförderten Wohnungsbau, beim freien liegen die Dinge ähnlich. Kostete eine geförderte Wohnung 1964 im Schnitt 52.120,-- DM, so stiegen ihre Kosten bis 1969 auf 64.670,-- DM. Dabei zeigt sich, daß in diesen Jahren alle Kostenfaktoren gestiegen sind, also sowohl die Kosten für Grundstück und Erschließung wie die reinen Baukosten, die Baunebenkosten, die Kosten der Außenanlagen und die sonstigen Kosten.

Aber sie sind sehr unterschiedlich gestiegen - und gerade hier wird es interessant. Stiegen die Gesamtkosten in dem genannten Zeitraum um rund 24 Prozent, so erhöhten sich die reinen Baukosten - trotz aller Lohnerhöhungen, die immer wieder herhalten müssen - nur um etwa 20 Prozent. Auch die Erschließungskosten stiegen nur um 20 Prozent, womit die immer wieder gehörte Behauptung widerlegt wird, die Gemeinden trieben durch zu aufwendige Erschließungsanlagen und zu hohe Beitragsforderungen die Baukosten in die Höhe. Viel stärker aber stiegen die Grundstückskosten, sie stiegen am stärksten von allen Teilkosten, nämlich in dem genannten Zeitraum um 44 Prozent. Sie stiegen übrigens in den letzten acht Jahren um fast 100 Prozent und an den Brennpunkten des Baugeschehens, in den Großstädten und Verdichtungsräumen, nicht selten um 1.000 Prozent und mehr. Von 1964 bis 1969 stieg der Anteil der Grundstückskosten an den Gesamtkosten von 7,5 auf 8,9 Prozent - und das ist eine Größenordnung, die sehr wohl auf Baupreise und Mieten durchschlägt.

Wie gesagt: Kein Wort über Bodenpreise verloren die Oppositionsredner, obwohl es an ermunternden Zurufen wahrlich nicht fehlte. Verständlich, daß man über die Folgen einer solchen Politik nicht so gern redet, aber was sollte dann die ganze Debatte?

Wir Sozialdemokraten nehmen Baupreise und Mieten wirklich ernst, aber wenn man etwas bessern will, dann muß man die Schwierigkeiten offenlegen und sie nicht zu wesentlichen Teilen zu verdecken versuchen.

So wurde der Versuch der Opposition ein Eigentor, und das erinnert daran: Wir stehen nicht nur vor den Landtagswahlen, sondern auch vor Mexiko!

Bücher von heute sind die Taten von morgen

Zur Jahrestagung der Gruppe Sozialistischer Verleger, Buchhändler
und Bibliothekare

Von Wolfgang Tschechne

Am Anfang stand ein Wort, und am Anfang stand die Skepsis vor diesem Wort. Die Gruppe Sozialistischer Verleger, Buchhändler und Bibliothekare, die sich zu ihrer 22. Jahrestagung in Karlsruhe versammelt hatte, traf sich unter dem ein bißchen als hochgestochen empfundenen Leitwort "Bücher von heute sind die Taten von morgen".

In den Tagen von Karlsruhe kamen fast ausschließlich Pragmatiker zu Gehör, Frauen und Männer also mit durchaus realistischer und ausgewogener Einstellung zur Wirklichkeit. Das gleichsam innere Thema dieser bedeutenden Zusammenkunft, übrigens mit starker internationaler Beteiligung, zielte dahin, den Stellenwert des gedruckten Wortes in einer sich wandelnden Welt festzustellen. Und obwohl - oder vielleicht gerade weil Skepsis, Müchternheit und Wirklichkeitsbewußtsein mit kritischer Komponente vorherrschten konnte am Ende der anspruchsvollen und geistig anregenden Begegnung die Einsicht, ja sogar die Gewißheit stehen, daß das Buch seine Rolle noch lange nicht ausgespielt hat.

Die formulierfreudige Hamburger Schriftstellerin Sybil Gräfin Schönfeld, die vom Problem Jugendbuch her das Thema der Tagung anging, kam dabei in ihrem brillanten Referat zu der Erkenntnis, daß sich über das Buch der Phantasie in einer phantasiearmen Welt neue Räume und neue Möglichkeiten erschließen; es muß dabei freilich von seiten der Autoren, der Verleger und auch von seiten der Leser mit dem Gespür dafür ausgegangen werden, daß Phantasie zur Steigerung der Lebenslust verhelfen kann, daß sie nicht länger mehr zur Lebensverdrängung benutzt werden sollte.

Die streitlustige Gräfin wandte sich auch, wieder vom Standplatz Jugendbuch ausgehend, gegen das allzu platte Unterhaltungsangebot des Fernsehens, durch das gerade dem jüngeren Konsumenten kostbare Lebenszeit geraubt werde. Sie sah aber auch erste Ansätze dafür, daß im Fernseh Zuschauer das Gefühl für die Vergeudung seiner Zeit wächst.

Der Berliner Bibliotheksrat Werner A. Kleye ergänzte die Hamburger Autorin aufs schönste, indem er dem Buch die immer bewußter öffentlich akzentrierte Aufgabe zuwies, Gegenpol einer technisierten und bürokratisierten Welt zu sein. Besonders das Jugendbuch, das auch Kleye in den Mittelpunkt seines umfassenden Referats stellte, dürfe nicht länger hinter pädagogisch beschlagene Treibhausfenster geschrieben werden, sondern muß sich notwendigerweise immer stärker der wertungsfreien Sachinformation öffnen. Auf dem Sektor Jugendsachbuch erkannte der Berliner Bibliothekar in jüngster Zeit schon hervorragende Ansätze.

Werner A. Kleye ging noch einen Schritt weiter. Er belegte und beklagte die Tatsache, daß in den deutschen Schulen keinerlei Bucherziehung stattfindet; eine moderne Pädagogik habe endlich energisch dafür zu sorgen, daß das verklemmte Verhältnis des jungen Menschen zum gedruckten Wort verändert und gebessert wird. Nur dann können aus den Bibliotheken lebenswichtige Dienstleistungsbetriebe werden; nur dann könne auch, wie es der Berliner Buchhändler Kurt Meurer formulierte, der freie und uneingeschränkte Buchmarkt seine wichtige Funktion in der freiheitlichen Entwicklung unserer Gesellschaft gütig erfüllen.

Von der für die Demokratie zu erneuernden Bildungsfunktionen des Buches war es in Karlsruhe nur ein Schritt zu den beiden großen Referaten der Tagung, die sich mit der Bildungspolitik in Gegenwart und Zukunft befaßten und die Bildungsreform als den wichtigsten Teil unserer Gesellschaftsreform bündig herausstellten. Professor Dr. Ing. Hans Leussink, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, breitete seinen Gesamtbildungsplan in allen Einzelheiten aus - und hätte sich dafür keine aufmerksamere Zuhörerschaft wünschen können.

Als das Ziel einer demokratischen Leistungsgesellschaft bezeichnete es Leussink, das Grundrecht auf Chancengleichheit für alle Menschen zu verwirklichen, alle Bildungsbarrieren abzubauen, alle Milieusperrren zu beseitigen und in allen Spielarten der Bildung Verhaltensweisen einzuüben, die zu verantwortlicher Daseinsgestaltung, zur Selbstentfaltung und zu einem kooperativen Gesellschaftsbewußtsein führen. Das werde nicht in ein paar Jahren zu schaffen sein, sondern das sei die große Aufgabe für kommende Generationen, die aber jetzt mit aller Energie angefaßt werden müsse, und es sei schon jetzt zu erkennen, daß sich mit der notwendigen Expansion des Bildungswesens die Bedeutung des Buches als wichtigstes Bildungsmittel erheblich steigern werde.

In seinem Zukunftsentwurf wartete der Pragmatiker Leussink mit Zahlen auf: Für Bildungsaufgaben werden in der Bundesrepublik zur Zeit 25 Milliarden DM ausgegeben; dieser Aufwand muß bis zum Jahre 1980 auf mindestens 80 Milliarden DM gesteigert werden, wenn mit der Begabungserschließung auf breitester Ebene ernst gemacht werden soll. Der Minister bezeichnete alle Bildungsausgaben als wachstumsfördernde Investitionen: So wie einst die Nutzbarmachung von Bodenschätzen zum Weiterleben beigetragen habe, so werde in Zukunft die Aktivierung aller Begabungsreserven als Chance für die Menschheit zu erkennen und einzustufen sein.

Der Aufbruch in neue pädagogische und gesellschaftliche Formen der Bildung dürfe aber - so Leussink - nicht als Plan einer Obrigkeit mit dogmatischen Zügen erfolgen, sondern läßt sich nur als Erziehungsprozeß für alle verwirklichen. Und gerade dabei werde es entscheidend auf das gedruckte Wort, auf das Buch ankommen. Die Gesellschaft muß freilich schon jetzt erkennen, daß der lange Marsch in eine solche Zukunft ohne spürbare Opfer nicht durchzustehen ist.

Von der absoluten Notwendigkeit zu finanziellem Engagement für die Bildung ging auch der Bremer Bildungssenator Moritz Thape aus, als er in Karlsruhe seinen Plan einer progressiven, befristeten Bildungssteuer zur Diskussion stellte. Wenn eine Bildungsreform nicht nur unrealistisches Spiel bleiben solle, dann werde diese neue Steuer nicht zu umgehen sein; sie sollte alle zwei Jahre neu beschlossen werden. Die Bundesrepublik habe im Jahre 1945 vor allem auf dem Bildungssektor die Chance der Stunde Null verpaßt. Es sei jetzt der Beweis dafür notwendig, daß auch eine wohlhabende Nation fähig ist zu ihrer Erneuerung. Er selbst glaube an diese Erneuerung, er glaube an die Veränderung des Bewußtseins.

Thape wurde bestätigt durch den Mitgründer und langjährigen sowie auch zukünftigen Leiter der Gruppe, den hannoverschen Verleger Gustav Schmidt-Küster, der ebenso eindringlich wie gründlich die Funktion des Buches für die neuen Bildungsinitiativen bewußt machte und erklärte, daß die Wandlung der Gesellschaft nur dann wirklich tiefgreifend geschehen könne, wenn das gedruckte Wort auch in einer veränderten Welt als Bestandteil menschlicher Existenz seinen Platz behält und ausweitet. Dann werden die Bücher von heute die Taten von morgen sein.